

KOMMENTAR



Wenig gelernt

Innere Sicherheit ist zu wichtig für den Wahlkampf

► MARCO ROSE

Nein, man möchte in diesen Tagen nicht mit Thomas de Maizière tauschen. Das höhnische Gelächter über einen Minister, der die Öffentlichkeit nach der Absage eines Fußballspiels 2015 nicht mit näheren Informationen konfrontieren mochte („Teile dieser Antwort würden die Bevölkerung verunsichern“), ist zwar verstummt. Die zum Teil beschämenden Reaktionen aus den Ländern auf de Maizières ausgewogenes Sicherheitspapier zeigen allerdings, wie gering die Gestaltungsspielräume des Bundesinnenministers tatsächlich sind – und wie groß das Risiko ist, bei einem neuerlichen Terrorakt womöglich als Buhmann des Kabinetts zu enden.

Nach dem furchtbaren Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt wird offenbar, dass das Zusammenspiel deutscher Sicherheitsbehörden verbesserungswürdig ist – vorsichtig formuliert. Umzingelt von konservativen Krakeelern („Gesetze verschärfen!“) und linksliberalen Mahnern („Gesetze anwenden!“) fährt der CDU-Politiker bislang einen besonnenen Kurs. Man kann nur hoffen, dass sich de Maizières nüchterne Art am Ende durchsetzt; auch wenn schon jetzt absehbar ist, dass seine Forderung nach einer umfassenden Neustrukturierung der Verfassungsschutzbehörden zum Scheitern verurteilt ist.

Der schwerste islamistische Anschlag auf deutschem Boden wurde von einem Mann begangen, über den die Behörden erstaunlich viel wussten. Daraus lässt sich vieles folgern; nur eines sollten selbst ernannte Experten nach derzeitigem Erkenntnisstand bitteschön nicht machen: Die beteiligten Beamten vor schnell zu Sündenböcken erklären. Georg Mascolo erläutert das Dilemma der Behörden in der „Süddeutschen Zeitung“ sehr anschaulich: Der Druck auf die Beamten, die richtige Prognose zu stellen, sei immens. „Liegen

sie falsch, kann es zu einem verheerenden Anschlag kommen. Nehmen sie jeden Hinweis ernst, hört das normale Leben auf“, schreibt Mascolo.

Noch bleibt zu klären, ob auch individuelles Fehlverhalten den Anschlag am Ende ermöglicht oder begünstigt hat. Auch die Pannen bei der Fahndung müssen dringend aufgearbeitet werden. Alles spricht aber derzeit dafür, dass man vielmehr von einem kollektiven, strukturell bedingten Versagen des Sicherheitsapparats ausgehen muss.

„Normales Leben“ ist in Gefahr

Da ist es nicht besonders clever, wenn sich die CSU bei ihrer Winterklausur in Seon selbst als die Partei mit der „Mega-Kompetenz beim Thema Sicherheit“ feiert, mit markigen Sprüchen nicht geizt, zugleich aber jegliche Strukturreform in Bausch und Bogen ablehnt. Die Parteien sollten sich eigentlich hüten, das sensible Thema Sicherheit im aufziehenden Bundestagswahlkampf auszuschlagen; genau so wird es aber vermutlich kommen.

Als abschreckendes Beispiel sei da die NRW-CDU genannt, die seit Monaten versucht, aus den skandalösen Vorkommnissen der Kölner Silvesternacht 2015 mit einem nicht enden wollenden Untersuchungsausschuss politischen Profit zu schlagen. Vermutlich wird so aus dem Fall Amri am Ende dann noch ein „Fall Jäger“. Das würde vielleicht so mancher dem kernigen SPD-Innenminister gönnen. Doch am Ende eines solchen Wahlkampfes blieben nur Verlierer: Behörden, etablierte Parteien und das „normale Leben“ – also das gesellschaftliche Klima und das allgemeine Sicherheitsgefühl.

Das kann man nämlich auch mit Worten durchaus schwer beschädigen. Thomas de Maizière hat das inzwischen gelernt. Andere leider noch nicht.

► m.rose@zeitungsverlag-aachen.de

ZUR PERSON

Angriff statt Leisetreterei



► RALF JÄGER
NRW-Innenminister (SPD)

„Jäger 90“ lautete der Spitzname von Ralf Jäger, als er noch nicht Innenminister von NRW war, sondern SPD-Oppositionspolitiker im Düsseldorfer Landtag. Der Vergleich mit dem Kampfflugzeug verrät ein Markenzeichen des bekanntesten Politikers im Kabinettt von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD): Angriff statt Leisetreterei – auch, wenn es eng wird. Kein anderer NRW-Minister stand seit seinem Amtsantritt im Juli 2010 so oft im Rampenlicht, kein zweiter war so oft im Visier der Opposition.

Anlässe gab es zuhauf: Gleich in seinen ersten Diensten die Loveparade-Katastrophe mit 21 Toten in Duisburg. Im Herbst 2014 gingen dann verstörende Bilder von malträtierten Flüchtlingen in Landesunterkünften um die Welt. Wenig später kam es am Kölner Dom zu spektakulären Ausschreitungen von Hooligans bei einer Demonstration gegen Salafiten. Und schließlich wurde das Areal zwischen Dom und Hauptbahnhof erneut Tatort bei massenhaften sexuellen Übergriffen auf Frauen in der Kölner Silvesternacht 2015.

Heute muss Jäger sich wieder

einmal in einer Sondersitzung des Innenausschusses des Landtags erklären: Diesmal geht es um die Frage, warum der mutmaßliche Attentäter vom Berliner Weihnachtsmarkt, Anis Amri, sich frei bewegen konnte, obwohl auch Sicherheitskräfte in NRW ihn als islamistischen Gefährder eingestuft hatten.

Schon häufig sah sich Jäger Rücktrittsforderungen der Opposition ausgesetzt, allerdings konnten ihm nie persönliche, operative Fehler nachgewiesen werden. Anlass, mit einem Rücktritt Verantwortung für mögliche Organisationsversagen von NRW-Sicherheitsbehörden im Fall Amri zu übernehmen, sah der 55-Jährige bisher nicht. Der eloquente Sohn einer Duisburger Kneipenwirtin polarisiert. Jäger hat Biss, formuliert auf den Punkt, bereitet sich gut vor und ist deswegen bundesweit gefragter Gesprächspartner für Medien. Selbst in stundenlangen Befragungen auf dem „heißen Stuhl“ im Landtag zeigt sich der erfahrene Krisenmanager hochkonzentriert.

Gegen kriminelle Rocker-Clubs und Neo-Nazis zieht Jäger medienwirksam zu Felde. „Sheriff“, nennen ihn die Grünen, wenn sie ihn foppen wollen. Jägers Kritiker sehen in dem Erfinder des Blitz-Marathons gegen Tempo-Sünder vor allem einen Show-Mann mit Hang zur Selbstvermarktung. (dpa)

ANSICHT

„Ich kann die Bewegung der Himmelskörper berechnen, aber nicht das Verhalten der Menschen.“

ISAAC NEWTON (1643-1727), ENGLISCHER PHYSIKER



Viele bekannte Gesichter werden in diesem Jahr nach der Bundestagswahl das Parlament verlassen.

Fotos: dpa

Ein Generationenwechsel steht an

Selten war der Aderlass so groß: Viele altgediente Abgeordnete werden in diesem Jahr den Bundestag verlassen. Die meisten machen es freiwillig, andere sind von ihren Parteien nicht mehr aufgestellt worden.

VON WERNER KOLHOFF

Berlin. Bei jeder Bundestagswahl hören altgediente Parlamentarier auf, doch 2017 wird ein Einschnitt. Einen derartigen Aderlass hat die Volksvertretung selten erlebt. Viele Prominente verzichten auf eine erneute Kandidatur, auch viele Experten aus der zweiten Reihe. Manche werden auch nicht wieder nominiert. Eine ganze Generation geht. Hier ein Überblick.

Bei der Union war Michael Fuchs (67) so etwas wie das Urgeister der Mittelstandspolitik. Zuletzt handelte er mit SPD und Grünen noch eine gemeinsame Lösung für die Altlasten der Kernenergie aus. Ähnliches Gewicht hatte in der Innenpolitik immer Wolfgang Bosbach (64), langjähriger Vorsitzender des Innen-Ausschusses und Talkshow-König. Johannes Singhammer (63), Obergesundheitsminister der CSU, ist ebenfalls ein fachliches Groß-Kaliber, genau wie Hartmut Koschyk (57), Ex-Finanzstaatssekretär und Aussiedlerbeauftragter. Erika Steinbach (73), langjährige Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, galt als scharfe Kritikerin der Merkel'schen Flüchtlingspolitik. Dagmar Wöhrle (62), einstige Miss

Bundestag, hatte zuletzt keine große Bedeutung mehr.

Die Union verliert überdies auch etliche Spitzenpolitiker. Franz Josef Jung (67) war Verteidigungsminister, Arbeitsminister, zuletzt außenpolitischer Sprecher. Norbert Lammert (68) wäre vielleicht Bundespräsident geworden, wenn er nicht wegen seiner Familie endgültig verzichtet hätte.

Wer wird Alterspräsident?

Bei Heinz Riesenhuber (81), den mit der Fliege, hätte es wieder zum Alterspräsidenten des Bundestages gereicht. Auf diesem Posten ist die Not jetzt groß; es gibt die Sorge, dass Alexander Gauland (75), der für die AfD kandidiert, der Älteste sein könnte, der dann im kommenden Herbst die Eröffnungsrede des neuen Bundestages zu halten hätte. Um das zu verhindern, drängten viele den Grünen Hans-Christian Ströbele (77) zu einer erneuten Kandidatur, doch der will nun endgültig nicht mehr. Gerda Hasselfeldt (66), Chefin der CSU-Landesgruppe, verstärkt den hochrangigen Pensionierungsreigen der Union.

Bei der SPD hat Peer Steinbrück (69) sein Mandat schon niederge-

legt, Frank-Walter Steinmeier (60) wird es im Februar tun, wenn er Bundespräsident wird. Aber auch der langjährige Chef-Außenpolitiker Gernot Erler (72) verzichtet auf eine erneute Kandidatur, so dass die Partei auf diesem Feld gleich zwei ihrer Besten verliert. Zumal der prominente Verteidigungspolitiker Rainer Arnold (66) ebenfalls nicht wiederkommt. Edelgard Bulmahn (65), Ex-Bildungsministerin, war ohnehin ein eher sinkender Stern am SPD-Himmel, ebenso Brigitte Zypries (63), die frühere Justizministerin. Ein Urgeister, vergleichbar mit Fuchs bei der Union, ist der Finanzpolitiker Joachim Poß (68), der seit 36 Jahren den Wahlkreis Gelsenkirchen hielt. Für Elke Ferner (58), Saarländerin und zuletzt Staatssekretärin, gilt in Bezug auf Frauenfragen ganz Ähnliches. Ebenso für Klaus Barthel (61), Chef der SPD-Arbeitnehmerorganisation Afa. Der linke Flügel der Partei verliert hier zwei sozialpolitisch herausgehobene Persönlichkeiten. Dass der Innenpolitiker Michael Hartmann (53) nach seiner Crystal-Meth-Affäre nicht wieder kandidieren würde, war hingegen absehbar.

Bei den Grünen hatte Volker Beck (56), ebenfalls Innenpoliti-

ker, ebenfalls Crystal-Meth-Affäre, noch um eine erneute Aufstellung gekämpft, aber verloren. Marie-Luise Beck (64), Mitbegründerin der Partei und kämpferische Menschenrechtlerin, tritt nicht wieder an, genauso wenig wie Tom Koenigs (72), der in Sachen Menschenrechte eine ganz ähnliche Bedeutung hat. Die Grünen verlieren hier also gleich drei Autoritäten und mit der früheren nordrhein-westfälischen Umweltministerin Bärbel Höhn (64) auch noch ihre prominenteste Umweltpolitikerin. Auch die Sozialexpertin Brigitte Pothmer (61) tritt nicht wieder an.

Fachlichen Substanzverlust gibt es auch bei den Linken. Jan van Aken (55, Verteidigungspolitik) und Eva Bulling-Schröter (60, Energie) hatten sich über die Grenzen ihrer Fraktion hinaus einen guten Ruf erworben.

So ist der Lauf der Dinge. Andere Abgeordnete werden auf die frei gewordenen Positionen nachrücken, viele haben schon darauf gewartet. Und neue Abgeordnete werden sich schnell hocharbeiten. Alles normal. Im Bundestag ist Mitleid keine Kategorie. Manchmal allerdings ein bisschen Wehmut.

Streit um Arbeitszeit nimmt Fahrt auf

Andrea Nahles stößt mit ihrem Entwurf zur Teilzeitarbeit auf heftige Gegenwehr der Arbeitgeber

VON BASIL WEGENER

Berlin. Andrea Nahles zeigte sich gewappnet. „Arbeitszeit sorgt in Deutschland immer für eine gewisse Emotionalität“, sagte die Arbeitsministerin bei der Ankündigung ihres Gesetzentwurfs zur Teilzeit im November. Nun ist der Entwurf öffentlich, auch wenn sich die Bundesministerien erst seit dieser Woche darüber intern abstimmen. Und schon hagelt es Kritik von Deutschlands Arbeitgebern. Dabei ist der Plan für eine befristete Teilzeit mit Rückkehrrecht zur Vollzeit nur ein Teil viel umfangreicherer Vorstellungen der SPD-Politikerin zur flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit.

Auf den Anspruch zur befristeten Teilzeitarbeit hatten sich Union und SPD schon in ihrem Koalitionsvertrag verständigt. Beschäftigte sollen zeitlich befristet in Teilzeit arbeiten können – und danach wieder zu ihrer vollen Arbeitszeit zurückkehren dürfen. Nun ist klar, wie Nahles sich das konkret vorstellt: Das Recht soll in Betrieben ab 15 Beschäftigten greifen, ab sechsmonatigem Bestehen des Arbeitsverhältnisses und auf Antrag drei Monate vorher.

Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands BDA, Steffen Kampeter, wettet: „Der Vorschlag greift einseitig in das Recht des Arbeitgebers ein, Lage und Dauer der Arbeitszeit im Betrieb zu be-



Wie sieht die Arbeit der Zukunft aus? Andrea Nahles setzt auf flexible Modelle? Foto: dpa

stimmen.“ Rückendeckung bekommt Nahles von den Gewerkschaften.

Teilzeit ist im Trend. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten ist laut Statistischem Bundesamt binnen 20 Jahren kontinuierlich von 5,3 auf 10,3 Millionen im Jahr 2015 gestiegen, davon 80,8 Prozent Frauen. Doch die Wirtschaft verweist darauf, dass die meisten Arbeitnehmer schon heute kaum Probleme mit einer Verlängerung hätten. Eine Befragung des arbeitgebernahen Instituts IW unter rund 1550 Unternehmen hatte vor wenigen Jahren ergeben, dass drei Viertel der Metall- und Elektrobetriebe den Wunsch von Teilzeitbe-

schäftigten nach Ausdehnung der Arbeitszeit schnell oder nach einer Weile erfüllen können.

Der Streit um das geplante neue Teilzeitrecht ist nur ein Vorgeschmack. Nahles hat im November nach monatelangen Debatten auch mit den Sozialpartnern ihre Ideen für ein Aufbrechen der Arbeitszeit-Strukturen vorgelegt. Das Ergebnis: Nein zur Dominanz des althergebrachten Acht-Stunden-Tags mit Anwesenheitspflicht – ja zu einer Neujustierung der Arbeitswelt in der Digital-Ära. Und zwar möglichst unter dem Dach von Tarifverträgen.

Unternehmen und Arbeitgeber sollen nun in einer Experimentier-

phase probieren können. Arbeit im Büro, Kindererziehung und Homeoffice flexibler einzusetzen. Über eine gesetzliche Klausel, die eine solche Probephase ermöglicht, wird in der Regierung gerade verhandelt.

Die Arbeitgeber fürchten insgesamt zu viel staatliche Bevormundung. „Ein Land, das auch morgen wirtschaftlich und sozial in der Champions League spielen will, darf sich nicht an Arbeitszeitregeln aus dem letzten Jahrhundert klammern“, sagt Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer. IG-Metall-Chef Jörg Hofmann hält dagegen: „Wenn es um Ansprüche und Mitbestimmung geht, verharren die Arbeitgeber im Denken des letzten Jahrhunderts: Sie wollen bestimmen.“

Für den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann ist es erstmal „ein Verdienst“ von Nahles, die Frage überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen. „Die Leute wollen wählen können – etwa ob sie mehr Lohn oder kürzere Arbeitszeiten haben wollen.“

Doch der DGB-Chef macht auch klar: „Wir brauchen aber klare Fixpunkte – Ruhezeiten und der Acht-Stunden-Tag bleiben wichtige Grenzen, die nicht unter beziehungsweise überschritten werden dürfen.“ Burnout durch ständige Erreichbarkeit soll es nicht geben, keine Maloche quasi rund um die Uhr, notfalls noch nachts per Smartphone.